

Lichtensteiner-Coburger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Wochenblatt für Sebnitz, Müllitz, Bernsdorf, Rösdorf, El. Egidien, Sebnitz, Marienau, Rösdorf, Ortmannsdorf, Müllitz, El. Nicola, El. Jacob, El. Nicola, El. Egidien, Lützen, Niederwieschen, Röschen und Lützen

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Nr. 276

Hauptvertriebsorgan im Amtsgerichtsbezirk

Sonnabend, den 29. November

Verleger: Leipzig Nr. 86697

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- u. Feiertagen, nachm. für den folgenden Tag -- Vierteljährlich 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5,40 Mk. Einzelne Nummer 15 Pfg. -- Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Strasse 58, alle Postämtern, Postboten, sowie die Anzeigen entlegen. -- Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 50, für auswärtige Fernsp. 2. Klasse Nr. 7. -- Belegblätter 20 Pfg. berechnet. -- Retentionen 20 Pfg. -- Im amtlichen Teile folgt die zweispaltige Seite 90 Pfg., für Auswärtige 120 Pfg. -- Tel. Nr. 2466

Im Handelsregister des unterzeichneten Gerichts ist am 26. November 1919 eingetragen worden:

- a) auf Blatt 361, die Firma **Prohn & Dörffel, Inh. Albert Müller** in Lichtenstein betreffend: Prokura ist erteilt dem Kaufmann **Karl Richard Schmiebel** in Lichtenstein;
 - b) auf Blatt 370, die Firma **Walther Köhler** in Hohnsdorf betreffend: Die Firma ist erloschen.
- Lichtenstein, den 27. November 1919.
Das Amtsgericht.

Lebensmittelverkauf in Coburg -- Sonnabend, den 29. November -- Schweinefleisch, 50 Gramm für 1,10 Mk. gegen Landesfestkarte -- Rospfahrschein 10 -- bei den Fleischern; Cocosfett, 50 Gramm für 75 Pfg. gegen Lebensmittelkarte B -- Marke 82 -- bei den Händlern.

Der Ortsnahrungsausschuss für Coburg.

Kurze wichtige Nachrichten.

Ein Abstimmung der Betriebsräte in Aachen hat 65 Stimmen für Wiederaufnahme der Arbeit und 22 Stimmen für den Streik ergeben.

Wie aus Paris über Genf gemeldet wird, wurde der Kriegsrat der Alliierten von Joch für Sonnabend einberufen. Bis dahin hofft man auf Stellungnahme Deutschlands zu den kritischen Fragen. -- Es wird von der Entente wieder mit den beliebigen Einschüchterungen Deutschlands gearbeitet.

Aus Paris wird über Rotterdam gemeldet, daß aus den Reihen deutscher Gefangener 700 Offiziere und 500 Mannschaften in französische Untersuchungshaft gekommen sind, weil sie der Teilnahme an Minderungen während der Okkupationszeit beschuldigt werden.

In englischen Kreisen macht sich eine Bewegung geltend, Deutschland aufzufordern, unverzüglich dem Völkerbund beizutreten und zwar als Antwort auf den Beschluß des amerikanischen Senats den Kriegsvertrag nicht zu ratifizieren. -- Und dabei die französische Weigerung, die Gefangenen herauszugeben!

Wie die Oster-Station II mitteilt, ist insofern eine Erleichterung in der Offsblockade eingetreten, als die generelle Handelsfreiheit zwischen den Deutschen Häfen und der deutschen von der alliierten Weissen-Hüllkommission den Seegeschiffen bis 100 BRT. genehmigt.

Aus Brau wird gemeldet: Gestern mittags ist die Zuckerrübe M. B. Keller in Seibitz bei Zuckendorf abgeerntet. Der Ertrag wird auf 17 Millionen Kronen geschätzt. Die Lager mit ungefährt 100.000 Meterzentnern Würfelzucker sind bereits.

Die Sächsische Volkskammer erlebte gestern mehrere Kapitel des Zwischenhaushaltsplanes usw. und lehnte zwei Petitionen um Erbauung von Eisenbahnen ab.

Wie die „Münchener N. N.“ aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat sich das bayerische Zentrum bereits entschlossen, eine Kandidatur des Kronprinzen Rupprecht für den Reichspräsidentenposten zu befürworten und zu unterstützen. Es ist allerdings noch fraglich, ob es gelingen werde, den Kronprinzen zur Kandidatur zu bewegen.

Die englische Regierung erwartet, daß der Prozess gegen den ehemaligen Deutschen Kaiser kommenden Neujahr in London beginnen wird.

Der Friedensvertrag mit Bulgarien wurde in Paris unterzeichnet.

Deutsches Reich.

Dresden. (Interpellation über die Arbeiter- und Soldatenräte.) Die Fraktion der Deutschnationalen der Sächsischen Volkskammer hat bei dieser folgenden Interpellation eingebracht: Ist die Regierung

bereit, über folgende Anfragen Auskunft zu erteilen? Sind die in den Zeitungen von maßgebenden Stellen mitgeteilten Angaben über die Kosten der Soldatenräte richtig? Welche Schritte hat die Regierung getan, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und die vergebenden Gelder wieder einzutreiben? Welche Kosten haben die Arbeiterräte dem Staat, Kommunalverbänden und Gemeinden verursacht und verursacht sie jetzt noch? Wann gedenkt die Regierung den unnötigen und verfassungswidrigen Ausgaben ein Ende zu machen?

Berlin. (In der Nationalversammlung) kam es gestern bei der dritten Beratung der Reichsabgabenordnung zu lebhaften Zusammenstößen zwischen der Rechten und dem Reichsfinanzminister. Schließlich wurde der Antrag Schulz (D.N.), über das Gesetz nach Maßgaben einer Verfassungsänderung abzustimmen, abgelehnt und das Gesetz gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Endlich wurde der von uns bereits erwähnten Hilfsaktion für Deutsch-Ostpreußen zugestimmt. Die Unabhängigen stimmten gegen die Verklärung der Brotaktion, sonst waren sie auch für eine Hilfe für die Hungernden in Oesterreich.

(Einladung der Justizminister der Einzelstaaten nach Berlin.) Reichsjustizminister Schiffer hat, wie der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ erzählt, die Justizminister der Einzelstaaten für Freitag nach Berlin eingeladen, um mit ihnen allgemeine Gesichtspunkte der Rechtsfragen zu besprechen und dabei Fragen, wie Vorbildung der Juristen, Altersgrenze usw. zur Erörterung zu stellen, damit im Reich und in den Einzelstaaten auf allen Gebieten der Rechtsfragen ein einheitliches Vorgehen vereinbart werde.

(Ausländische Grundstücksäufe in Deutschland.) Die „Aberlinische Zeitung“ schreibt: Den niedrigen Stand unserer Marktwährung benutzte das Ausland nicht nur zu großen Käufen in Deutschland, sondern auch dazu, große Summen in deutschem Grund und Boden anzulegen. In den niederrheinischen besetzten Gebieten werden fast täglich große Parzellen zu enormen Preisen durch Holländer erworben. In Köln haben Ausländer eine große Anzahl Häuser zu beträchtlichen Preisen angekauft. Die rheinischen Abgeordneten haben die Reichsregierung auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht und um scharfe Maßnahmen gebeten. -- Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, daß auch in anderen Gegenden Deutschlands, auch in Sachsen, Grundstücksäufe unter rücksichtsloser Ausnutzung des deutschen Valutaellends vorgenommen werden.

(Die Betriebsrätekrise.) Die gestrige Sitzung des Betriebsräteauschusses der Nationalversammlung brachte noch keine Entscheidung in der Frage der Beteiligung der Betriebsräte an den Aufsichtsratsstellungen und der Bilanzvorlage. Die Verhandlungen unter den Mehrheitsparteien hierüber sind noch nicht abgeschlossen. -- Das Präsidium des

Reichsoberhandes der Industrie spricht sich gegen den demokratischen Kompromissvorschlag aus und beschloß, seine Mitglieder zu einer Protestversammlung nach Berlin am 11. Dezember zusammenzuberufen.

(Drohung mit Enthaltungen.) Die Presse der Rechten veröffentlicht eine Erklärung des Oberstleutnants a. D. Grafen v. d. Golz, die sich mit der offenbar amtlichen Mitteilung der „Deutschen Allg. Ztg.“ über den Standpunkt der Reichsregierung zu den Truppen im Baltikum befaßt. Es heißt darin: Die Behauptung, daß die Truppen von der Reichsregierung seit dem Juli lediglich nur zur Rückkehr in die Heimat aufgefördert worden seien, ist unwar. Diese Feststellung mag vorläufig genügen. Verschwindet jedoch aus der der Regierung nahestehenden Presse nicht die unerhörte, von früher bekannte Hehlüge, daß die Truppen von ihren Offizieren verführt worden wären, die alles opfereten, so mag die Reichsregierung sich nicht wundern, wenn alle weiteren Rücksichten schwinden. -- Im Interesse der Klarstellung der Regierungspolitik im Baltikum könnte es nur begrüßt werden, wenn Graf v. d. Golz mit seinem Material hervorkäme. Dann erst könnte man beurteilen, ob es Anklage- oder nur Sensationsmaterial ist.

Churchill als Warner der Entente.

Rotterdam, 27. November. Laut „Neuwe Rotterdamse Courant“ schreibt Churchill dem „Sunday Herald“, es müsse die Politik Englands sein, das deutsche Volk nicht zur Verzweiflung zu treiben, und zu verhindern, daß ihm nur die Hoffnung bleibe, einst wieder an das Schwert zu appellieren. Es sei keine gute Politik, Deutschland von allem Handel mit dem Westen abzuschneiden und ihm nur noch Entwicklungs- und Wiederherstellungsmöglichkeit nach Osten hin zu lassen. Deutschland könne bei Rußland alles finden, was es nötig habe, und zwar nicht nur für die Wiederherstellung seiner Wirtschaftskraft, sondern auch seiner Weltmacht. In Rußland würde Deutschland eine unermessliche Menge Rohstoffe finden, in Rußlands Heeren würden die deutschen Offiziere alle Hände voll zu tun finden, und in Rußland werde Deutschland unbehindert die großen Arsenalen, Munitionsfabriken u. Flugzeugfabriken einrichten können, die es im eigenen Lande nicht haben darf. Schließlich würde es in Rußland ein unermessliches Mannschaftsmaterial finden. Rußland könnte, wenn die Alliierten es seinem Schicksal überlassen, sich nur an Deutschland wenden; dort allein kann es die Gelehrten, die Ingenieure, die Organisationsleute, die Kaufleute finden, die es nötig hat, um sein ökonomisches Leben auszubauen. Wenn Deutschland mit Rußland gemeinsame Sache mache, würde die Gefahr von 1914 wieder aufleben. Ra

Reichne mit 500 Mark bar

und 500 Mark Kriegsanleihe

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe